

A5 Weil Rechte Memes nicht als Unterricht gelten sollten

Antragsteller*in: SB Innenstadt

Antragstext

Die Jusos Köln fordern die Stadt Köln und das Land NRW auf, die politische Bildung an allen Schulformen deutlich zu stärken, indem sie schulische Demokratiebildung ab der 5. Klasse integriert und sie in mehr Unterrichtsformate erfahrbar macht (z. B. Schüler*innenparlamente, Projektwochen, Planspiele).

Zusätzlich fordern wir, dass ein kommunales Förderprogramm „Politische Bildung“ eingerichtet wird, das Workshops externer Träger (z. B. politische Jugendorganisationen, Bildungsträger, Initiativen gegen Rechts) und Fortbildungsangebot für Lehrkräfte finanziert, z. B. zu Themen wie digitaler Öffentlichkeit, Umgang mit Desinformation, Rechtsextremismusprävention und moderner Didaktik der politischen Bildung.

Begründung

Politische Bildung ist die Grundlage jeder demokratischen Gesellschaft und sie ist in Zeiten von Populismus, Desinformation und wachsendem Rechtsruck wichtiger denn je. Gerade junge Menschen sind von politischen Entscheidungen direkt betroffen, haben jedoch häufig wenig Einblick in demokratische Prozesse oder fühlen sich nicht angesprochen. Obwohl Schulen ein zentraler Ort demokratischer Sozialisation sind, fehlt es oft an Zeit, Ressourcen und modernen Formaten, um politische Bildung angemessen zu vermitteln. Viele Lehrkräfte berichten von überlasteten Lehrplänen, zu wenig Unterstützung bei sensiblen Themen und mangelnden Fortbildungsmöglichkeiten. Gleichzeitig wünschen sich Schüler*innen mehr Verständnis politischer Zusammenhänge und Räume, in denen sie sich austauschen und ihre Meinung bilden können.

Mehr politische Bildung in Kölns Schulen bedeutet:

- **echte Beteiligung**, statt nur theoretischem Input,
- **Kompetenz gegen Falschinformationen** und extremistische Ideologien,

- **Stärkung der demokratischen Kultur,**
- **mehr Jugendliche, die sich kommunalpolitisch einbringen,**
- und **gleichberechtigten Zugang zu politischen Angeboten** – unabhängig von Herkunft, Bildungshaus oder Schulform.

Eine vielfältige, gut finanzierte politische Bildungslandschaft ist daher eine zentrale kommunale Aufgabe. Köln hat die Ressourcen und die Verantwortung, hier bundesweit ein positives Beispiel zu setzen.